

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

166 (21.7.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBUNDENLAND BADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 80 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Zahlungszieles, bei gerichtlichem Verfahren und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erklärungen und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. 2. • Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark • Ohne Zustellung 2,20 Mark • Durch die Post 2,50 Mark • Einzelhefte 10 Pfennig • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Telefondienstleistungen: Durack, Hauptstraße 9, D.-Boden, Jagdhausstraße 12; Raiffeisen, Rottstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 166

Karlsruhe, Dienstag, den 21. Juli 1931

51. Jahrgang

Wendepunkt der Geschichte?

Abreise aus Frankreich — Besondere Betonung der Höflichkeitsformeln — Beginn der Londoner Beratungen
Auffallend ernste Begrüßungsrede Macdonalds

Eine Erklärung Des Reichskanzlers Brüning

Paris, 20. Juli. Reichskanzler Brüning hat kurz vor seiner Abreise nach London der Agentur Havas folgende Erklärung abgegeben:

Im Begriff, Frankreich zu verlassen, um uns zur Londoner Konferenz zu begeben, legen der Reichsaußenminister und ich Wert auf die Erklärung, wie sehr wir die lebenswichtige und herzliche Aufnahme, die uns in Frankreich von der französischen Regierung und von sämtlichen französischen Behörden zuteil geworden ist, empfinden haben. Wir sind zufrieden, daß wir unsere Ansichten in voller Offenheit mit unseren französischen Kollegen austauschen können, und wie sich davon überzeugt, daß diese direkte Fühlungnahme für die immer erdrückendere Entlastung der französisch-deutschen Zusammenarbeit, der wir aufrichtig zusetzen sind, allseitige Wirkungen haben wird.

Zwischen Paris und Calais

Während der Fahrt von Paris nach Calais haben der französische Ministerpräsident Laval und seine Kollegen sich mit den deutschen, mit den italienischen und den belgischen Ministern unterhalten, die auf Einladung Lavals, im Wagen des Präsidenten Platz genommen hatten. Der Sonderzug, der etwa 200 Personen umfaßt, traf 13,30 Uhr in Calais ein.

Die Ankunft in London

London, 20. Juli. (Sta. Draht.) Die Delegierten Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens zur Londoner Konferenz trafen am Montag nachmittags um 17.15 Uhr, von Paris kommend, auf dem Victoria-Bahnhof ein. Die englische Regierung mit Macdonald und Henderson an der Spitze, sowie die Botschafter der vier Mächte hatten sich zum Empfang am Bahnhof eingefunden. Die deutschen und französischen Delegierten trafen im Carlton-Hotel ab. Als die deutschen Minister vor dem Hotel vorfahren, hießte man schäuferte Begrüßungsrufe wie „Heil Hitler“, die jedoch von Rufem für Brüning überstimmt wurden.

Um 18.30 Uhr begann die erste Sitzung in den Räumen des Premierministers im Unterhaus. Für die regelmäßigen Sitzungen der Konferenz ist jedoch der sogenannte Kabinettsaal im Foreign Office hergerichtet. Engländerseits ist die Konferenz vorbereitet worden durch Minister Henderson. Dann erfolgte eine längere Aussprache zwischen Macdonald und Stimlon, die am Montag vormittags stattfand und an die sich eine Kabinettsitzung der englischen Regierung angeschlossen. Der Gouverneur der Bank von England ist seinerseits in den letzten Tagen in ständigem Kontakt mit den maßgebenden amerikanischen Finanzkreisen gewesen. Die englische und die amerikanische Haltung stimmen darin überein, daß beide Mächte eine Verbindung der finanziellen Hilfsaktion Deutschlands mit politischen Forderungen von Seiten Frankreichs ablehnen. Beide Mächte jedoch sehen die Vereinigung des deutsch-französischen Verbändnisses als unerlässliches Element zur Überwindung der Schwierigkeiten an. Da hiesu in Paris der Grundstein gelegt worden zu sein scheint, fest man den Arbeiten der Londoner Konferenz trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten optimistisch entgegen.

Macdonalds Eröffnungsrede auf der Londoner Konferenz

London, 20. Juli. Die Rede, mit der Macdonald die erste Sitzung der Sieben-Mächte-Konferenz eröffnete, hat etwa folgenden Inhalt: Der gegenwärtige Augenblick muß ein Wendepunkt in der Geschichte der Welt sein, in gutem oder schlechtem Sinne.

Wenn wir keine Lösung der gegenwärtigen Krise finden können, kann niemand die politischen und finanziellen Gefahren voraussehen, die sich daraus ergeben werden.

Wenn wir eine solche Lösung finden können, wird es ein schlagender Beweis für die wachsende Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit sein. Die Wirkung der budgetären und finanziellen Schwierigkeiten sind in der stärksten Form von den Staaten empfunden worden, die ich internationale, industrielle und finanzielle Staaten nennen möchte. Die sehr besondere Lage Deutschlands sowohl als Exportland, wie auch als Schuldenstaat hat alle Probleme, die bei den anderen Staaten eine weniger kritische Form angenommen haben, in ganz besonders hartem Grade auf Deutschland konzentriert. Die deutsche Regierung hat sich gesonnen gesehen, im vorigen Monat zu erklären, daß sie nicht weitergeben und daß sie von ihrem Recht, einen Aufschub ihrer Verbindlichkeiten unter dem Youngplan zu erklären, bis sich die Situation gebessert hat, Gebrauch zu machen gesonnen sein werde. Dies beunruhigte die

ausländischen Kreditgeber, von deren Unterstützung Deutschland in großem Maße während der letzten sechs Jahre abhängig war und Zurückziehungen von kurzfristigen Krediten folgten in sehr großem Umfang.

Bis zum 18. Juni 1931 schien die Lage hoffnungslos, als das Urteil der Welt in einer halben Stunde durch die dramatische Ankündigung des Angebots des Präsidenten Hoover sich änderte.

Die Geschichte wird diese Entscheidung als einen Akt seltenen Mutes und seltener Staatskunst bezeichnen. Der gordische Knoten war für einen Augenblick durchschnitten, aber ausländische Kredite wurden weiterhin aus Deutschland zurückgezogen. Es ist von dem deutschen Finanzminister erklärt worden, daß zwischen 150 u. 200 Mill. Pfund Sterling — 3 bis 4 Milliarden Mark ausländische Devisen kürzlich von Deutschland verloren worden sind, eine Riesensumme, die mehr als den Wert zweier Reparationsannuitäten darstellt.

So haben wir nicht nur die Maßnahmen zu erörtern, die nötig sind, Präsident Hoovers Plan in die Tat umzusetzen, sondern wir haben darüber hinaus noch die dringende Notlage zu besprechen, die sich jetzt in Deutschland entwickelt hat. Andernfalls wird es schwierig sein, die Luft einzubäumen.

Wir sind als Vertreter unserer verschiedenen Nationen, aber wir sind auch in einem Geiste kooperativen guten Willens entschlossen, unsere Beratungen mit einer Vereinbarung zu beenden, die nicht nur den Erfordernissen der gegenwärtigen Krise begegnen wird, sondern auch eine Zeit aufschüßler und gegenseitiger Bemühungen und Bekämpfung der aufgeregten Gemüter Europas neu eröffnen wird.

Wir sind nicht hier, um etwas zu erzwingen, oder um jemanden zu Fall zu bringen, oder jemand zu demütigen. Wir sind hier, um zu verstehen, um in objektiver Weise unsere Probleme zu erwägen, um daran zu denken, wie eng wir in wesentlichen Dingen voneinander abhängig sind und uns auf etwas zu einigen, was jeder von uns in sein Parlament bringen, erklären und zur Annahme bringen kann.

Ich bin der Meinung, daß jeder von uns dies tun kann und daß eine hier abgeschlossene Vereinbarung, wenn sie uns auch nicht in jedem einzelnen Punkte gefällt, unseren Vätern neues Vertrauen und neuen Mut einflößen wird, damit sie den schweren Verantwortlichkeiten gegenüberstehen, die das Los aller Regierungen während der nächsten Monate sein werden. Laßt uns unsere Arbeit als Freunde beginnen, als eine wahre Konferenz am runden Tisch, gestützt durch den Willen zum Erfolg und ohne auch nur für einen Augenblick zu fürchten, daß uns die Unterwürigkeit unserer Völker fehlen wird. Was die finanzielle Seite der Krise betrifft, so muß die Frage, was getan werden kann, in erheblichem Maße den Bankiers und Finanzleuten vorbehalten bleiben. Ich kann nur in allgemeinen Wendungen sprechen und zwei Alternativen geben: Die eine ist, Mittel zu finden, um neue Anleihen oder Kredite für Deutschland zu besorgen; dies ist eine Sache, die, wie ich höre, schon in Paris erörtert wurde. Ich vernehme, daß Schwierigkeiten vorhanden sind, die überwunden werden müssen, ehe irgend eine Anleihe am hiesigen Markt erhalten werden kann.

Es kann keine Frage geben über die innere Stärke der deutschen Wirtschaft, vorausgesetzt, daß sie die Hilfsquellen hat, die sie benötigt. Der Hoover-Plan bedeutet für Deutschland eine wirkliche und sehr bedeutende Erleichterung. Sie wird sich vielleicht als nicht genügend herausstellen. Dies ist ein Punkt, den wir später untersuchen können. Aber ich denke: Unser erster Schritt ist, mit größtmöglicher Beistimmung über die Mittel zu entscheiden, durch die dieser Plan endgültig in die Tat umgesetzt werden kann. Ich betone „mit größtmöglicher Beistimmung“.

Communiqué über die Londoner Konferenz

WTB. London, 20. Juli. Nach der heute abend im Zimmer des Premierministers im Unterhaus abgehaltenen ersten Konferenz der sieben Mächte wurde folgendes Communiqué ausgeben:

Die erste Sitzung der internationalen Konferenz fand unter dem Vorsitz des britischen Premierministers Macdonald im Unterhaus heute nachmittags um 6.30 Uhr statt. Herr Laval gab der Konferenz einen Bericht über die Besprechungen, die in Paris stattgefunden haben, und setzte den Geist auseinander, in dem die Besprechungen zwischen den französischen und den deutschen Ministern geführt wurden.

Dr. Brüning bestätigte die Ausführungen. Er gab hierauf eine Darlegung mit Statistiken über die finanzielle Lage Deutschlands und die Maßnahmen, die getroffen worden sind, um ihr zu begegnen. Er drängte auf die notwendige Unterstützung zur Beseitigung der Lage. Fragen des Verfahrens wurden hierauf erörtert und die Sitzung bis morgen vertagt.

Die in dem Communiqué angegebenen Ausführungen Dr. Brünings galten hauptsächlich der Lage Deutschlands. Besonders drei Erfordernisse müßten erfüllt werden: Ein Aufhören der Abrufung der fremden Kredite und eine Erhöhung der Golddecke der Reichsbank. In seinem Schlusswort sagte Macdonald noch einmal die Ausführungen Lavals und Brünings zusammen. Die Verhandlungen wurden in einem außerordentlich verständlichen Geiste geführt.

Es erreichte ein gewisses Ersäunen, als die französischen Minister im Carlton-Hotel erschienen, während die deutschen Minister auf sich warten ließen. Bald wurde jedoch bekannt, daß Macdonald den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsaußenminister Dr. Curtius zu weiteren Besprechungen im Unterhaus zurückgehalten und sie ersucht hatte, mit ihm das Abendessen einzunehmen.

Neue Vorschläge Amerikas

WTB. Washington, 20. Juli. Das Staatsdepartement kündigte an, daß die amerikanische Delegation bei der Londoner Konferenz morgen, Dienstag, „gewisse Vorschläge zwecks Behebung der gegenwärtigen finanziellen Krise“ unterbreiten werde.

Niemand konnte erwarten, daß sich selbst den besten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, innerhalb 36 Stunden eine vollkommene Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erreichen lasse. Dazu sind der Meinungsverschiedenheiten zu viele, dazu ist die Spannung — sagen wir einmal seit Stresemanns Tod — zu groß geworden. Man kann und muß sich zunächst damit zufrieden geben, daß überhaupt eine unmittelbare Fühlungnahme der deutschen Staatsmänner mit den französischen stattgefunden hat, und daß die Streitfragen offen und rückhaltlos zur Erörterung gestellt worden sind. Es ist schon ein Fortschritt, wenn die Minister dreier Staaten mit der ersten Absicht, zu einer Verständigung zu gelangen, ohne diplomatisches Herumreden und ohne sich auf allgemeine freundschaftliche Redensarten zu beschränken, die heißen Eisen mutig anpacken.

Aber es ist in Paris doch noch etwas mehr erreicht worden! Frankreich hat sich bereit gefunden, an den Londoner Verhandlungen teil zu nehmen, ohne daß Deutschland zuvor die Garantien zugestanden hätte, die die französische Presse — nicht nur die nationalistische — noch vor wenigen Tagen als Voraussetzung für die Mitwirkung der französischen Minister an der von der englischen Regierung angeregten Konferenz gefordert hatte. Selbstverständlich ist in Paris über die politischen und finanziellen Sicherheiten für eine Anleihe, zu der Frankreich seinem Teil beitragen soll, gesprochen worden. Aber damit begab man sich eben auf das Gebiet, das nicht in wenigen Stunden bereinigt werden konnte. Die Diskussion hat begonnen und muß fortgesetzt werden, nur wird das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in London geschehen, sondern bei anderen Gelegenheiten, die hoffentlich nicht all zu lange auf sich warten lassen.

Es sieht also aus, als ob in London nur ein neuer Kreditkontingent für die Reichsbank herauskommen werde. Die Frage der langfristigen Anleihe wird vertagt. Wenn rechtzeitig, wie man annehmen darf, dafür gesorgt werden kann, daß die ausländischen Banken „stillhalten“, d. h. fürs erste auf eine weitere Zurückziehung ihrer kurzfristigen Kredite verzichten, ist damit natürlich eine wohlthuende Beruhigung für Deutschland geschaffen. Aber da seine Wirtschaft eine finanzielle Unterstützung durch das Ausland nicht entbehren kann, wird das Problem der Anleihe akut bleiben, und damit auch die Meldungen, in denen es heißt, daß Brüning in Paris bezüglich des Flottenprogramms, soweit es über den Bau des Panzerkreuzers hinausgeht, gewisse, die Franzosen befriedigende Zusagen gegeben habe. Es heißt, daß er ferner versprochen habe, nach seiner Rückkehr den Wehrverbänden den Mahnwitz ihrer Paraden und ihrer sonstigen Propaganda klar zu machen. Wir wissen nicht, ob das richtig ist, aber wir müssen annehmen, daß diese an sich sehr guten Absichten des Reichskanzlers dem Franzosen und wohl auch den anderen Beteiligten nicht genügen werden. Will man in den Genuss der großen Anleihe gelangen, so wird man auch andere Sicherheiten bieten müssen und immer wieder wird die deutsche Regierung vor die Frage gestellt sein, ob sie glaubt, solche Sicherheiten gewähren zu müssen und gewähren zu können.

Es spielt neuerdings das Wort vom „politischen Moratorium“ eine Rolle. Als sein Urheber wird Henderson bezeichnet. Es soll damit gesagt sein, daß sich die Regierungen verpflichten sollen, in einem bestimmten Zeitraum nichts zu unternehmen, was den Frieden und die Verständigung fördern

Könne. An sich ist das gewiß ein schöner Gedanke, aber es ist leichter, ein derartiges Programm zu verkünden, als es auszuführen. Vereinbarungen, die in dieser Richtung laufen, bestehen schon heute zur Genüge. Wir haben den Völkerverbundspakt, wir haben den Locarnovertrag, wir haben die zahlreichen Schiedsgerichtsverträge; sie haben nicht gehindert, daß sich die internationalen Spannungen, in Sonderheit diejenigen zwischen Deutschland und Frankreich, vermehrt und verschärft haben.

Es kommt nicht sowohl darauf an, daß man sich aufs neue zu friedlichen Absichten bekennet, sondern es müssen vor allem einmal die Schlußfolgerungen aus den geltenden Vereinbarungen gezogen werden. Das gilt nicht etwa nur für Deutschland, sondern auch für die Vertragspartner, und dazu gehört, worauf der belgische Sozialist de Broedere dieser Tage im Brüsseler Reuepe auch nachdrücklich hingewiesen hat, der Entschluß der Versailleer Verträge und des Völkerverbundspaktes mit der Einschränkung der Rüstungen ernst zu machen. Politisches Moratorium kann nicht nur heißen, Verzicht auf Schaffung neuer Ver-

tragsflächen, sondern dieser Verzicht muß ergänzt werden durch positive Erfüllung übernommener Verpflichtungen.

Aber ein weiteres ist erforderlich: Der Friedenswille der Völker darf nicht länger durch den Nationalismus der Parlamente und der Völkerverbände verhindert werden. Brünning und Laval haben sich bei ihren Forderungen und bei ihren Ablehnungen auf ihre Volksvertretungen und auf die öffentliche Meinung bezogen. Beide sicher mit Recht und der deutsche Reichstanzler wohl noch mit mehr Grund als der französische Ministerpräsident. Aber der eine wie der andere werden sich die Frage vorzulegen haben, ob ihre beiderseitigen Regierungen nicht mehr als bisher für Aufklärung der öffentlichen Meinung in ihren Ländern tun können. Sie müssen sich dazu entschließen, die Schuld an den unbefriedigenden Zuständen Europas nicht mehr nur bei dem anderen zu suchen. Dazu gehört Mut, im gegenwärtigen Deutschland wahrheitsgemäß noch mehr Mut, als im gegenwärtigen Frankreich. Aber der Mann, der gewagt hat, der nationalen Opposition trotzend, nach Paris zu gehen, und mit dem „Erbsfeind“ zu verhandeln, muß auch den deutschen Nationalisten mit Energie entgegenzutreten wissen.

Zollunion vor dem Haag

Vor einer bedeutsamen Entscheidung

Haag, 20. Juli. Im großen Sitzungssaal des Friedenspalastes begannen heute vormittag die öffentlich-mündlichen Verhandlungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes über die juristischen Grundlagen der geplanten deutsch-österreichischen Zollunion. Bekanntlich wurde dem Haager Gerichtshof durch Entscheidung des Völkerverbundes vom 19. Mai d. J. folgende Frage zur tatsächlichen Entscheidung vorgelegt:

„Würde ein zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundzüge des Protokolls vom 19. März 1931 hergestellter Zustand vereinbar sein mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und dem Ersten Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922?“

Das schriftliche Vorverfahren, auf das die letzten Hauptverhandlungen zurückgehen, ist bereits am 1. Juni abgeschlossen worden.

An den Verhandlungen beteiligten sich fünf Mächte, nämlich Deutschland, Oesterreich, Frankreich, die Tschechoslowakei und Italien.

In der Sitzung hatte sich ein großes internationales Publikum eingefunden, unter dem man zahlreiche Angehörige des Haager diplomatischen Corps bemerkte.

Marschall-Sawan, der Präsident des Gerichtshofes erstattete einen kurzen Ueberblick und gab bekannt, daß sowohl der Vertreter Oesterreichs wie auch der Vertreter der Tschechoslowakei beim Gerichtshof den Antrag gestellt hätten, daß dem Gerichtshof für den vorliegenden Streitfall ein Richter ihrer Staatsangehörigkeit beigesetzt werden solle. Infolgedessen habe der Gerichtshof die beteiligten Länder davon in Kenntnis gesetzt, daß er sich vor dem Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen erst mit dieser Frage befassen müsse.

Nach etwa einer halben Stunde wurde die Entscheidung verhandelt, daß der Gerichtshof sowohl den Antrag Oesterreichs als den der Tschechoslowakei ablehnt habe.

Die Sitzung wurde hierauf auf nachmittags vertagt.

Haag, 20. Juli. Im Verlauf seines Vortrags vor dem Haager Gerichtshof beschäftigte sich nachmittags der deutsche Vertreter Prof. Bruns im Hinblick auf die von Oesterreich in Artikel 88 des Ver-

trages von St. Germain und im ersten Genfer Protokoll vom Oktober 1922 übernommenen Verpflichtungen seine Unabhängigkeit nicht beeinträchtigen zu lassen, ausführlich mit dem Begriff „Unabhängigkeit“. Unterzucht man, in welchem Sinne dieses Wort in den erwähten Verträgen angewandt worden sei und ob dieser Sinn bei ihnen überall derselbe sei, so erhebt sich, daß die Ansichten hierüber, soweit sie von den verschiedenen Regierungen in ihren Schriftsätzen im Haag niedergelegt seien erheblich von einander abweichen.

Professor Bruns hob hervor, daß es sich bei der dem Internationalen Gerichtshof unterbreiteten Frage darum handele, ob das auf den Prinzipien des Wiener Protokolls vom 19. März ds. Js. zu errichtende Zollregime mit dem gegenwärtigen für Oesterreich geltenden juristischen Status zu vereinbaren sei. Diese Frage sei eine rein juristische. Man habe also die beabsichtigte Zollunion weder unter wirtschaftlichen noch unter politischen, sondern ausschließlich unter rein juristischen Gesichtspunkten zu unterzuchen.

Die Unterzeichner des Vertrages von St. Germain seien übrigens naturgemäß bei der Aufstellung des Genfer Protokolls auch an die früheren Vertragsbestimmungen gebunden gewesen. In den Schriftsätzen der fünf am Verfahren beteiligten Mächte könne man drei verschiedene Bedeutungen unterzuchen, die dem Ausdruck „Unabhängigkeit“ beigegeben seien, von denen eine nicht juristisch und zwei juristisch Natur seien, und zwar letztere das eine Mal in mehr materieller und das andere Mal in mehr formeller Beziehung. Professor Bruns betonte weiter, daß die internationalen Verträge wie auch die nationale Gesetzgebung nur moralische und keine wirtschaftlichen und politischen Begriffe bildeten. Kein Staat könne vollkommen in dem Sinne unabhängig sein, daß er nicht durch Verträge seine Handlungsfreiheit in irgendwelchen Beziehungen einschränken lassen müsse. Wenn die französische These richtig wäre, dann hätte die Unabhängigkeit Oesterreichs niemals existiert. Der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, der die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch alle Signatarmächte enthalte, würde also nicht die Unabhängigkeit, sondern die vollkommene Abhängigkeit dieses Staates eingeleitet haben.

Die Verhandlungen wurden hierauf auf Dienstag vormittag vertagt. Der deutsche Vertreter wird dann sein Vortragen, das noch den ganzen Dienstag in Anspruch nehmen dürfte, fortsetzen.

Schluß mit Kinderverweigerung!

Bayern greift gegen Hitler- und Stahlhelmmummel durch

München, 20. Juli. (Eig. Draht.) Im braunen Haus wurden schon seit Monaten Vorbereitungen für ein Sommerfestlager der sogenannten Hitler-Jugend getroffen, das vom 19. bis 23. August im bayerischen Wald durchgeführt werden sollte.

Das bayerische Kultusministerium hat nun die Beteiligung bayerischer Schulkinder an diesem Hitlerfestlager verboten und angekündigt, daß gegen zuwiderhandelnde Schüler mit den Mitteln der Schulgesetzgebung vorgegangen wird.

Auch der Stahlhelm wurde mit einem Verbot bedacht. Seit dem 15. Juli hat er auf dem früheren Truppenübungsplatz Lager Lechfeld bei Augsburg eine große Anzahl Stahlhelmer zusammengezogen, die unter der Maste einer sportlichen Veranstaltung für Arbeitslose sogenannte Übungen abhielten. Nachdem die Behörden sich überzeugt hatten, was es in Wirklichkeit mit diesem Stahlhelmpart für eine Bewandnis hat, wurde die Weiterführung des Kurzes untersagt.

Preissturz in allen Ländern

Die Entwicklung in den letzten Tagen ist kennzeichnend für den Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft. Die Schließung der Danabank, die Börsenschließungen und die folgenden Feiertage haben an den Warenmärkten ebensoviel Bestärkung hervorgerufen wie an den Wertpapierbörsen. Der Verlauf der seitdem verstrichenen Börsentage im Ausland zeigt wiederum ein drängendes Angebot von allen Seiten.

Man steht sich gezwungen, um jeden Preis Geld zu beschaffen und das übt einen Druck auf den Preisstand aus, der auch in der schlimmsten Zeit der Pariser Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich nicht größer war. Dieser Preiseinbruch ist vielleicht die wichtigste Tatsache in den Ereignissen der letzten Wochen. Sie stellt der Wirtschaft aller Länder und insbesondere der deutschen Wirtschaft die Aufgabe der schnellsten Anpassung.

Die Entwicklung an den einzelnen Märkten nachzuweisen, erlaubt sich. Wir wollen nur auf ein Beispiel verweisen, nämlich auf den New Yorker Baumwollmarkt. Dort wurde in der gegenwärtigen Abwärtsbewegung der Preise der niedrigste Stand erreicht.

Deutschland ist seit Monaten immer mehr als Käufer auf den Weltwarenmärkten ausgeschaltet. Die Tendenz auf den Waren-

märkten ist entsprechend dieses Vorganges so matt und schlecht wie kaum jemals.

Die Vorgänge auf den großen Warenmärkten laufen durchaus parallel. Besehnend ist das eine, daß die schließliche Befestigung der kanadischen Weizenerte nicht vermocht hat, den Getreidemarkt mehr als vorübergehend anzuregen. Die Getreidepreise sind in der letzten Zeit wieder gesunken. Zuweisen notiert jetzt an der Chicagoer Börse mit wenig über 1/2 Dollar. Als vor Monaten die Dollarernte unterschritten wurde, hielt man das für ein kaum fahbares Ereignis. Was man aber damals als Tiefstand proklamierte, ist heute nochmals bestätigt worden. In diesem Zusammenhang erinnern wir daran, daß die amerikanischen Weizenfarmer behaupten, schon bei Preisen unter 1 1/4 bis 1 1/2 Dollar mit großen Verlusten zu arbeiten.

An den freien Getreidemarkten der anderen Länder sind die Preise ähnlich gestürzt. So gar die deutschen Getreidebörsen, an denen im Augenblick der Zeit bzw. Terminhandel (wo man heute schon Getreide kauft, das in den nächsten Monaten erst zu liefern ist) eingestellt ist, vermochten sich dem Druck der allgemeinen Lage und der guten Ernteausichten in Deutschland nicht zu entziehen.

Soffentlich kommt die Erkenntnis so früh, daß die Schließungen von Termen und Wirtungen unserm Land nicht allzu teuer zu stehen kommen.

Gehaltszahlung in Katen

Wie das Berliner Tageblatt wissen will, wird in der Regierung erwogen, die Gehälter der Beamten von August ab monatlich in mehreren Katen auszahlen zu lassen, eventuell auch den Arbeitgebern der Privatwirtschaft eine Ermächtigung zu erteilen, das gleiche Verfahren bei den Gehältern der Privatangehörigen anzuwenden. Diese Maßnahme soll gegebenenfalls im Verordnungsweg geregelt werden. Die Verordnung würde dem Beamten nach zum Auszahlung der Gehaltszahlung enthalten, daß die Beamten und Privatangehörigen, letztere soweit die Arbeitgeber von dieser Ermächtigung Gebrauch machen, die Katen ebenfalls in mehreren Katen entrichten können. Ueber die voraussichtliche Dauer dieser Regelung ist noch nichts bekannt. Ebenso ist noch unklar, ob es sich um eine Zahlung in zwei oder drei Katen monatlich handeln wird.

Chemische Industrie und Arbeitszeitverkürzung

Das Reichsarbeitsministerium hat am Montag seine Verhandlungen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zum Zwecke der Neueinstellung von Arbeitern mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der chemischen Industrie fortgesetzt. Die Verbände erklären sich gleichfalls bereit, in zentralen und anschließenden bezirksweisen Verhandlungen die noch vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung einsehend zu prüfen und bis Ende September dem Reichsarbeitsministerium über das Ergebnis dieser Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Zuschläge für Steuerrückstände

Eine notwendige Maßregel

In den letzten zwei Wochen sind die Steuereinzahlungen außerordentlich stark zurückgegangen. Eine pünktliche Steuerzahlung ist jedoch dringend erforderlich. Eine loosen erlassene Verordnung enthält im wesentlichen die gleichen Bestimmungen, wie sie im Dezember 1923 die zweite Steuernotverordnung getroffen hatte. Die wichtigsten der Bestimmungen lautet dahin, daß für die rückständigen Beiträge an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer oder Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. August 1931 ab Verzugszuschläge in Höhe von 5 Prozent halbmontallich erhoben werden. Eine Erhöhung von Verzugszuschlägen findet jedoch insoweit nicht statt, als die Steuerbehörden für die rückständigen Steuern Stundung bewilligt hat.

Gestundete Steuern sind, sofern nicht sinnlose Stundung bewilligt ist, mit jährlich 5-12 Prozent (je nach der persönlichen Lage des einzelnen Falles) zu verzinsen.

Die Löhnen erheben Haftbeschwerden

Die Verteidiger der inhaftierten Brüder Löhnen, Albers-Berlin und Rubenskampff-Pauli-Bremen, ein Schwager der Löhnen, haben gegen die Inhaftierung ihrer Klienten beim Oberlandesgericht Beschwerde eingebracht.

Rechtsanwalt Rubenskampff-Pauli hat zugleich eine private Mitteilung veröffentlicht, in der er im Namen der Inhaftierten erklärt, daß die Brüder Löhnen angeblich nur im Interesse der Nordwolle zu den bisher gegen sie gerichteten Angriffen geschwiegen hätten. Jetzt aber, wo sie in Haft seien und eine in der Öffentlichkeit unbekannt neue Überleitung des Werkes ökonomische Verhältnisse offenlichte, könnten sie die im Interesse des Unternehmens geübte Rücksicht nicht mehr wahren, sie würden aussprechen. Sie hätten „in wirtschaftlich schwerster Zeit für ihr Unternehmen und das Vaterland das Ihre mit allen Kräften restlos getan.“

Millionen veruntworen, das Kapital der Aktionäre vertan, Verschwendung treiben wie irrsinnige Fürsten und Könige, aus dem Erlos der Arbeit miserabel bezahlter Arbeiter und Angestellten die Feinde des Staates, die Heher zu Krieg und Bürgerkrieg finanzieren — das nennen die Volkshörner sich restlos „für das Vaterland“ einzusetzen!

Wo bleibt die Kriminalpolizei?

Die sozialdemokratische Fraktion hat im preussischen Landtag in Sachen Löhnen folgende große Anfrage eingebracht:

„Der Bremer Nordwolle-Konzern, der unter Leitung der Familie Löhnen steht, ist mit einer Schuldenlast von 250 Millionen Mark zusammengebrochen. Die Gründe dieses in der Wirtschaftsgeschichte beispiellosen Wirtschaftskrachs sind zweifellos zum Teil krimineller Natur. Nach Zeitungsmedungen sollen die verantwortlichen Mitglieder der Familie Löhnen betrügerische Handlungen auch auf preussischem Gebiet begangen haben. Ist das Staatsministerium bereit, soweit preussische Zuständigkeit gegeben ist, mit allen verfügbaren Kräften der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft diesem ungeheuren Wirtschaftsverbrechen nachzugehen?“

Konkurs der Nordwolle

Berlin, 21. Juli. (Kundendienst.) Der Reichsregierung lag in ihrer Montag-Abendungung u. a. ein Antrag auf Abwendung des Konkurses der Nordwolle A.G. in Bremen vor. Wie der Kundendienst mitteilt, hat die Regierung aus mehrfachen Gründen beschloffen, diesen Antrag abzulehnen. Der Konkurs nimmt damit seinen Lauf.

Kundgebung der Angestellten der Danabank

23. Mannheim, 20. Juni. Im Gebäude der Darmstädter und Nationalbank Mannheim versammelten sich am Samstagabend die Angestellten der Mannheimer Filiale sowie der badischen und preussischen Niederlassungen der Danabank, um sich mit der gegenwärtigen noch ungelösten Frage der Weiterführung des Instituts und des Schicksals der 7300 Angestellten und ihrer 20 000 Familienangehörigen zu beschäftigen. In einer ausführlichen Entscheidung wurde als Forderung niedergelegt, die Danabank zu erhalten, da ihre Schließung den Zusammenbruch zahlreicher Industrie- und Handelsunternehmen zur Folge haben würde. Der Fortbestand der Bank würde wesentlich zur Verabfolgung auf volkswirtschaftlichem wie finanzpolitischem Gebiet beitragen. Von der Reichsregierung werden baldige Schritte verlangt, damit Klarheit über den Willen zum Bestehenlassen der Bank geschaffen werde.

Banküberweisungsverband

M.B. Berlin, 19. Juli. Der am Samstag gegründete Ueberweisungsverband, zu dem sich die führenden Banken, Bankfirmen usw. zusammengeschlossen haben, wird seine Tätigkeit voraussichtlich am Dienstag aufnehmen.

Die Schweiz und die Pajgebühler

Bern, 20. Juli. Die Schweizerische Devisenagentur meldet: Das politische Departement hat die schweizerische Gesandtschaft in Berlin beauftragt, sich über die Notverordnung betr. Erhebung einer Pajgebühr von 100 RM. für ins Ausland reichende Touristen zu erkundigen. Die Verordnung erregt in der Schweiz starken Unwillen.

Geständnis der Schuldigen

Antwort an die Scharfmacher in der Schwerindustrie

Angesichts der Mißstände in Deutschland, die eine unverantwortliche Geschäftsführung in der privaten Wirtschaft zu Tage treten lassen, steht das Unternehmertum seine alte Methode fest, die Schuld für die gegenwärtigen Zustände auf die Sozialdemokratie und auf die Gewerkschaften abzuwälzen. Die Leute, die Hunderte von Millionen an Krediten unrationell verbauten, verschuldeten, die durch den wahnwitzigen Rohabbau die Kaufkraft vernichteten und so die Wirtschaft zur Unrentabilität zwangen, vor allem jene Finanziers des Stahlbaus in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die Geldgeber des Herrn Hugenberg und der Hitlerpartei fühlen sich besonders durch den letzten Aufruf der Sozialdemokratischen Partei verprovokiert. Nach der alten Taktik: Sattelt den Dieb! haben sie einen Gegenaufruf an ihre Arbeiter erlassen. Dieser Gegenaufruf ist nichts anderes als ein Schuldgeständnis.

Man redet wieder naiv und kindlich von sozialer Gerechtigkeit und Klassenkampf. Nun, die Arbeiter und Angestellten am Rhein und an der Ruhr haben in den letzten Jahren zur Genüge gespürt, was Klassenkampf des Unternehmertums ist und wie die Schwerindustrie Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften und gegen den Staat in brutaler Weise geführt hat. Die Schwerindustrie hat von der Inflation an bis zur Ruhrbesetzung und später bis zur Generalfauna auf Löhne, Tarifverträge, Sozialversicherungen, kurzum auf alle sozialen Erwerbsbedingungen mit ihrer Begünstigung aller sozialistischen Bestrebungen den besten Anspornungsunterricht für einen mit Brutalität geführten Klassenkampf erteilt. Jetzt machen die Herren von der Schwerindustrie der Sozialdemokratie den Vorwurf, daß sie „die Notzeit zu einem verlebenden und zerstörenden Klassenkampf ausnutze“!

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Aufruf das heutige System der unkontrollierten grobkapitalistischen Wirtschaftsführung geißelt, durch das das deutsche Volk in die jetzige Katastrophe getrieben worden ist. Sie hat darauf hingewiesen, daß jetzt wieder, wie schon so häufig, die bankrotten Industrieführer und Finanzmagnaten die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen, des deutschen Staates, dessen Einkunftsquelle auf die Wirtschaft sie tagtäglich nicht laß und deshalb genug bekämpfen konnten.

Die Sozialdemokratie hat immer wieder die Unterstellung der kapitalistischen Mißnahmen unter wirksame Staatskontrolle gefordert. Nach den vorangegangenen Zusammenbrüchen und der Zerschütterung der Gesamtwirtschaft hat sie wiederum die Verantwortung der Banken, der Schwerindustrie und der sonstigen Mächte des Großkapitals die Wirtschaft in den Abgrund zu führen. Sie hat klargestellt, daß die Geldgeber der nationalsozialistischen Parteien und Verbände, die mit außenpolitischer Verheißung den deutschen Kredit untergraben haben, nimmer zu ihrer eigenen Rettung nach der von ihnen heraufbeschworenen Wirtschaftskatastrophe die ausländische Kredithilfe anstreben.

Mit einer nicht zu überbietenden Deutlichkeit verurteilt nun die Schwerindustriellen Verbände, alles das abzuleugnen und den angeblichen „Staatssozialismus“ für den Bankrott der unkontrollierten Wirtschaftsführung des Großkapitals verantwortlich zu machen. Wem will die Schwerindustrie, die sich den Ruhrkampf mit 700 Millionen hat bezahlen lassen, die hohen Zölle beansprucht, weit überhöhte Preise vom Staat garantiert verlangt, noch erzählen, daß es nicht wahr ist, daß das Privatunternehmertum nach Hilfe durch den Staat ruft? Die deutschen Banken wollten oder konnten die Danatbank nicht stützen, das Reich mußte die Garantie übernehmen. Eine ganze Serie von Großunternehmungen hat in den letzten Jahren Staatshilfe und Subventionen in den verschiedensten Formen verlangt und erhalten. In den letzten Wochen käufen sich die Subventionsgluthe in den Ministerien.

Wer die Schwerindustrie, die am allerangewiesenen die Staatshilfe unter Einfluß aller ihr zu Gebote stehenden wirtschaftlichen und politischen Druckmittel ausgenutzt hat, bestet die Stirn zu behaupten, daß das Unternehmertum gar keine Staatshilfe verlangt. Aber damit nicht genug. Man verliert ein neues Abfertigungsmanöver, um die mit Recht verbitterten Volksmassen zu beschwichtigen. Es wird behauptet, daß gegenüber den einzelnen Feindhandlungen und Zusammenbrüchen einer mißhandelten Privatwirtschaft die Mißstände der halbsozialistischen öffentlichen Wirtschaft kaum merklich größer wäre. Und diese dreifache Lüge von den überhöhten Mißständen der öffentlichen Wirtschaft wird aufgestellt nach dem betrügerischen Zusammenbruch der Fava, des Nordwolffkonzerns, nach den großen Feindpositionen und Feinddispositionen der Schwerindustrie, der Zementindustrie, der Kunstseidenindustrie, der Schiffahrtsgesellschaften, der Automobilindustrie usw., nach den riesigen Kapitalverlusten des Wifing, Vinoleum, Karstadt-Konzerns und wie sie alle heißen.

Die Schwerindustrie weiß natürlich eine Rettung aus dem Zusammenbruch. Nicht etwa Unterstellung der kapitalistischen Monopole und Mißnahmen unter die Kontrolle des Staates, nicht etwa sofortige Reformen und Kontrollmaßnahmen, nein, im Gegenteil, die Wirtschaft ist noch zu viel gebeutelt worden, sie muß von den „staatssozialistischen“ Hemmnissen befreit werden. Nur der Einsatz der eigenen Kräfte, nur so wie es die Herren von der Schwerindustrie verstehen, kann uns angeblich aus der Not befreien.

Es ist vergebliche Mühe, der Arbeitnehmerschaft unter Aufblähung von Inflation, Verdröhnungen und plumpen Abfertigungsmanövern von der eigenen Schuld und von einem unhaltbaren System Sand in die Augen streuen zu wollen. Die Werkstätten wissen, daß in viel größerer Maße als die „positiven“ Maßnahmen des Auslandes, moorn der Aufruf der Schwerindustrie, die planlose Wirtschaftsführung, die Katastrophenpolitik der politischen und sozialen Reaktionäre und die Verantwortungslosigkeit der Wirtschaftsführer für das jetzige Unglück und den Rückfall in unserer Wirtschaft verantwortlich sind. Darüber können Abfertigungsmanöver nicht hinwegtäuschen.

Massenflucht aus der SPD

Über die die Kommunisten ihren Gläubigen soviel versprochen haben, steht so aus, daß die Sozialdemokratie in Berlin im letzten Quartal trotz aller bestehenden Not ihren Mitgliederbestand um 28000 erdhrt hat. — Nach den Angaben der Abteilungen betrug die Mitgliederzahl am Schluß des 1. Quartals 1931 = 79263 und nach Abschluß des 2. Quartals = 82076. — Ein Bravo den Funktionären! Und nun erst recht:

Wo bleibt der zweite Mann?

Über das badische Notgesetz vom 9. Juli 1931 ist nun schon viel geschrieben und protestiert worden. Wir freigewerkschaftlichen Beamten lehnten in unserer Beiratsitzung des VDB vom 13. Juli 1931 eine öffentliche Protestversammlung ab, um den Nazis und Kozis keine Gelegenheit zur demagogischen und geradezu staatsfeindlichen Agitation unter den ganz begreiflich aufgeregten Beamten zu geben. Wir sind der Ansicht, daß dem größten Teil der Beamten eine politische und gewerkschaftliche Erziehung fehlt und das ist Voraussetzung für einen „Kohnkampf“. Die Solidarität ist eben vielen Beamten noch fremd. Dagegen sagten wir in jener Sitzung Beschlüsse, daß sofort mit den uns durch Organisationsstatut verbundenen Spitzenorganisationen des VDB, und des Afa-Bundes in Verbindung zu treten ist — die nun inzwischen die gemeinsame Abwehraktion eingeleitet haben — da ja diese beiden Organisationen durch den § 2 des Gesetzes, der das Baugewerbe nimmer vollständig zum Erliegen bringt und den Artikel 2, der die Gemeinden geradezu vernichtet und insbesondere durch § 2 das Schlichtungswesen aufhebt, mindestens so stark interessiert sind, wie der VDB, und die Beamten im allgemeinen.

Nun zur Gehaltskürzung. Der Einfachheit halber hat man eben 5 Prozent sämtlicher Gehaltsbezüge — brutto — über 2000 M gekürzt. Eine Staffelung der Kürzung nach unten bringe nicht den erforderlichen Ertrag von 8,8 Millionen Mark, da ja angeblich die Masse der Beamten zu den unteren Gruppen zählen. Nun habe ich mich der Mühe unterzogen, an Hand des Personalanhangs zum Staatsvoranschlag 28/29 zu prüfen, wieviel in den einzelnen Gruppen Beamte und mit welchem Gehalt tatsächlich vorhanden sind. — Die neueste Personalsummenstellung wird keine wesentliche Verbesserungen bringen. — Man findet folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der Beamten 19 873. Diese verteilen sich wie folgt: 6 B I, 9 B II, 54 Gruppe 1, 350 2 a, 311 2 b, 1514 2 c, 1051 2 a, 359 3 a, 227 3 b, 1469 4 a, 6200 4 b, 173 4 c, 316 5 a, 857 5 b, 76 Gruppe 6, 1381 7 a, 1395 7 b (Polizei), 1738 8 a, 589 9 a, 267 10 a, 747 10 b (Polizei), 346 11 a, 576 11 b (Polizei), 203 12 a, 124 12 b (Polizeianwärter).

Es sind somit in Besoldungsordnung A, sowie Besoldungsordnung A I bis 4 b, B I bis 4 b (obere, gehobene und mittlere Beamte) 11 154
Polizei 432
zusammen 11 586
Gruppe 4 c bis 12 b Beamte 3 871
Polizei 4 416
zusammen 8 227
zusammen 19 873

Folgende Gehälter sind erforderlich: Grundgehalt und Wohnungsgeld einschließlich Zulagen: Obere, gehobene und mittlere Beamte 67 322 298 M
Einfache, mittlere und untere Beamte einschließlich Polizei 24 424 500 M
zusammen 91 746 798 M

Es ist jeweils ein Beamter der Stufe 4 mit Grundgehalt und Wohnungsgeld errechnet. Selbst wenn man die Gruppe 4 b mit 6200 Beamten, die bei Stufe 4 28 259 600 M benötigen, in Abzug bringt, ist die Verschiebung nach unten nicht so gewaltig, trotzdem die Beamten in den Endstufen eine Kürzung nicht so hart trifft wie die unteren Beamten.

Auf jeden Fall bricht die Behauptung, daß das Gros der Beamten im Staat die unteren Gruppen bilden, in sich zusammen, und der Pfeil fliegt auf den Schützen zurück. Eine Staffelung, angefangen bei Gruppe 8 mit 1 Prozent

Freistaat Baden

Staffelung der Abzüge zur Notverordnung

Von einem freigewerkschaftlichen Beamten wird uns geschrieben:

Über das badische Notgesetz vom 9. Juli 1931 ist nun schon viel geschrieben und protestiert worden. Wir freigewerkschaftlichen Beamten lehnten in unserer Beiratsitzung des VDB vom 13. Juli 1931 eine öffentliche Protestversammlung ab, um den Nazis und Kozis keine Gelegenheit zur demagogischen und geradezu staatsfeindlichen Agitation unter den ganz begreiflich aufgeregten Beamten zu geben. Wir sind der Ansicht, daß dem größten Teil der Beamten eine politische und gewerkschaftliche Erziehung fehlt und das ist Voraussetzung für einen „Kohnkampf“. Die Solidarität ist eben vielen Beamten noch fremd. Dagegen sagten wir in jener Sitzung Beschlüsse, daß sofort mit den uns durch Organisationsstatut verbundenen Spitzenorganisationen des VDB, und des Afa-Bundes in Verbindung zu treten ist — die nun inzwischen die gemeinsame Abwehraktion eingeleitet haben — da ja diese beiden Organisationen durch den § 2 des Gesetzes, der das Baugewerbe nimmer vollständig zum Erliegen bringt und den Artikel 2, der die Gemeinden geradezu vernichtet und insbesondere durch § 2 das Schlichtungswesen aufhebt, mindestens so stark interessiert sind, wie der VDB, und die Beamten im allgemeinen.

Nun zur Gehaltskürzung. Der Einfachheit halber hat man eben 5 Prozent sämtlicher Gehaltsbezüge — brutto — über 2000 M gekürzt. Eine Staffelung der Kürzung nach unten bringe nicht den erforderlichen Ertrag von 8,8 Millionen Mark, da ja angeblich die Masse der Beamten zu den unteren Gruppen zählen. Nun habe ich mich der Mühe unterzogen, an Hand des Personalanhangs zum Staatsvoranschlag 28/29 zu prüfen, wieviel in den einzelnen Gruppen Beamte und mit welchem Gehalt tatsächlich vorhanden sind. — Die neueste Personalsummenstellung wird keine wesentliche Verbesserungen bringen. — Man findet folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der Beamten 19 873. Diese verteilen sich wie folgt: 6 B I, 9 B II, 54 Gruppe 1, 350 2 a, 311 2 b, 1514 2 c, 1051 2 a, 359 3 a, 227 3 b, 1469 4 a, 6200 4 b, 173 4 c, 316 5 a, 857 5 b, 76 Gruppe 6, 1381 7 a, 1395 7 b (Polizei), 1738 8 a, 589 9 a, 267 10 a, 747 10 b (Polizei), 346 11 a, 576 11 b (Polizei), 203 12 a, 124 12 b (Polizeianwärter).

Es sind somit in Besoldungsordnung A, sowie Besoldungsordnung A I bis 4 b, B I bis 4 b (obere, gehobene und mittlere Beamte) 11 154
Polizei 432
zusammen 11 586
Gruppe 4 c bis 12 b Beamte 3 871
Polizei 4 416
zusammen 8 227
zusammen 19 873

Folgende Gehälter sind erforderlich: Grundgehalt und Wohnungsgeld einschließlich Zulagen: Obere, gehobene und mittlere Beamte 67 322 298 M
Einfache, mittlere und untere Beamte einschließlich Polizei 24 424 500 M
zusammen 91 746 798 M

Es ist jeweils ein Beamter der Stufe 4 mit Grundgehalt und Wohnungsgeld errechnet. Selbst wenn man die Gruppe 4 b mit 6200 Beamten, die bei Stufe 4 28 259 600 M benötigen, in Abzug bringt, ist die Verschiebung nach unten nicht so gewaltig, trotzdem die Beamten in den Endstufen eine Kürzung nicht so hart trifft wie die unteren Beamten.

Auf jeden Fall bricht die Behauptung, daß das Gros der Beamten im Staat die unteren Gruppen bilden, in sich zusammen, und der Pfeil fliegt auf den Schützen zurück. Eine Staffelung, angefangen bei Gruppe 8 mit 1 Prozent

Bolschewistisch-kapitalistische Seelenverwandtschaft

Die kommunistische Presse beruhigt ihre durch die neue Kurschwengung Stalins aufgeschreckten Leser mit dem Hinweis auf eine Aueberung der englischen Zeitung Evening News, wonach die bolschewistische Gefahr für die kapitalistische Welt gerade in dem Augenblick tödlich werde, in dem die von Stalin angedrohten neuen Aufgaben verwirklicht würden. Diese Aueberung soll die „Tobensangst der Bourgeoisie“ vor dem beschleunigten Vormarsch des bereits praktisch in der Verwirklichung befindlichen Fünfjahresplans“ offenbaren.

„Tobensangst der Bourgeoisie“ — wie großartig das Klingt! Aber dieses Angsteinjagen ist ein teurer Sport — teuer natürlich nur für den russischen Proleten. Er muß hungern, weil unentbehrliche Lebensmittel auf dem Weltmarkt verschleudert werden. Ganze Schiffsladungen mit Speck und Pflanzenöl wandern ins Ausland, die Bezugsarten des Arbeiters auf Tier- und Pflanzenfett aber werden nicht eingelöst. Die Verärgerung dieses Exports hat bereits viel böses Blut gemacht. Die „historische Größe“ des Fünfjahresplans muß der russische Arbeiter erkunern. Die Weltreoolutionierung durch Schmutzkonzurrenz auf dem Weltmarkt geht auf seine Kosten. Etwas weniger „historische Größe“ und etwas mehr Brot wäre dem russischen Arbeiter bestimmt lieber. Freiwillig hungert er nicht für die Wirtschaftsexperimente Stalins. Aber die Existenz der Proleten ist ja nicht so wichtig.

Auch in Deutschland gibt es Leute, die als Ausweg aus der Krise genau daselbe empfehlen, was Stalin in Rußland macht. Oder verlangen nicht unsere bankrotten Wirtschaftskassitäten Senkung der Löhne um 30 Prozent, Ertrag der Wohlfahrtsunterstützung durch Naturalien und Einführung eines Feuerwerksjahres für den Tariflohn, auf deutsch: Senkung des Lohnes auf das Niveau der Arbeitslosenunterstützung und Ersetzung der Arbeitslosenunterstützung durch ein paar Pfund Kartoffeln und Kohlrüben? Wie laut Herr Hugenberg in seinem diebstahligen Tag von seinen Blättern veröffentlichten Appell zur Schaffung einer „Koren Rechts-

1prozentiger Steigerung bis B I wäre m. E. sozial, gerecht und weit eher zu ertragen, als ein solcher mit 5 Prozent bei 166 M. Ein Beamter mit 1000 M Monatsgehalt kann doch eine 10prozentige Kürzung besser ertragen. Es ist also nicht notwendig, daß man die außerplanmäßigen Beamten ruiniert und den Beamtenachwuchs wieder aus den besseren Kreisen holt, sondern ruhig das demokratische Prinzip weiter anwendet.

Nach dem Notgesetz bekommt z. B. ein Pfleger der Anstalten im 9. Dienstjahr ein monatliches Gehalt von 81,33 M nachdem ein Kostgeld von 52.— M in Abzug gebracht ist (Gruppe A 9). Ein Beamter der Gruppe 8, der nach Karlsruhe versetzt ist und für Zimmer und Essen zusammen 110 M monatlich benötigt, erhält noch 108 M.

Also her mit der Staffelung und Beseitigung der reaktionären Auswirkungen. Der Bundesvorstand des VDB hat durch die Reichstagsfraktion schon bei der ersten Kürzung eine Staffelung in Vorschlag gebracht und der Landesauschuß Baden des VDB hat bei der badischen Regierung seiner Zeit ebenfalls einen Staffelungsantrag eingereicht, weil ja die Gehälter seiner Zeit bei der Aufbesserung ebenfalls gestaffelt wurden (17—71%). Heute sind die Gruppen von 7 a abwärts weit schlechter als vor der Besoldung 1927, während die Gruppen nach oben immer noch ein schönes Plus zu verzeichnen haben.

Wo bleibt hier die Gerechtigkeit?

Zum badischen Notgesetz

Landtagsabgeordneter Dr. Baumgartner, der Führer der Zentrumsfraktion, wendet sich in einem längeren Artikel gegen die Auffassung, daß das badische Notgesetz verfassungswidrig sei, wie dies in mehreren Entschlüssen von Beamtenverbänden zum Ausdruck gebracht wurde. Er bejaht die Frage der Verfassungsmäßigkeit unter eingehender Erörterung der durch die badische und Reichsverfassung gegebenen Rechtsgrundlage.

Dienstfretkostenverordnung

Das Amtsblatt des Kultus- und Unterrichtsministeriums veröffentlicht heute eine neue Dienstfretkostenverordnung, die die Leistungspflicht des Staates den Beamten gegenüber bei Dienstfret auf eine neue Grundlage stellt. Die Kostenerstattung auf allen Gebieten hat im wesentlichen eine merklliche Senkung erfahren. Mit der neuen Verordnung werden gleichzeitig auch Ausführungsbestimmungen veröffentlicht.

Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse des badischen Notgesetzes

Finanzminister Dr. Mattes hat in seiner Verlautbarung an die Presse vom 9. Juli d. J. das finanzielle Ergebnis des neuen badischen Notgesetzes dargestellt. Der Uebersichtlichkeit wegen gibt der Staatsanzeiger hierüber noch eine kurze tabellarische Zusammenfassung.

Finanzminister Dr. Mattes geht von einem Defizit aus — das zwar nicht vorhanden ist, das aber kommen würde, wenn das Notgesetz nicht ergangen wäre und zwar von einem vorwiegend durch den Rückgang der Reichsteuereinzahlungen, sowie der Posteinnahmen entstehenden Defizit von 19 Millionen Reichsmark für das Rechnungsjahr 1931.

Dieses Defizit wird wie folgt gedeckt durch:

	Mill. RM.
1. Die vom Reich angeordnete Gehaltskürzung vom 5. Juni 1931 (4,8/2) =	2,40
(Die andere Hälfte muß das Land den Gemeinden überweisen.)	
2. Die Kürzung der sachlichen Ausgaben um weitere 5 Prozent =	1,30
3. Die Senkung der Dienstfret- und Umuagskosten =	0,30
4. Die Hauszinssteuer (Verwendung des Wohnungsbauteils für den allgemeinen Finanzbedarf) =	2,70
5. Erlös aus den Vorkausen der Reichsbahn =	1,65
6. Senkung des Zuschusses des Landes zur gehobenen Fürsorge der Bezirksfürsorgeverbände =	0,60
7. Kürzung der Kreisdotationen =	0,25
8. Erhöhung durch Anpassung der Landesbeamtengehälter an die Reichsrichtlinien =	0,20
9. Kürzung der außerplanmäßigen Beamtenbezüge =	0,50
10. Besondere Kürzung der badischen Beamtengehälter um 5 Prozent =	3,50
11. Rekrutgaben der Gemeinden =	5,30
	19,00

regierung“? Die „Kaufleute“ für „neue wirtschaftliche Ordnungen“ — das sind die Forderungen der Schwerindustrie: Arbeitslosenunterstützung als Lohn, Verwandlung der Sozialversicherung in ein Armenhaus, Abschaffung des Tarifvertrags.

Mit der Beschlaffung des deutschen Arbeiters wollen Hugenberg und Hitler und ihre schwerindustriellen Freunde den Befreiungskrieg gegen Tributkassieren führen. Sie wollen mit Schmutzkonzurrenz den Weltmarkt ruiniert und so deutsche Revolution machen. Sie wollen Wirtschaftspolitik machen nach dem Muster der sowjetrussischen Weltrevolutionäre. Schmutzkonzurrenz — das ist ihre ganze politische Weisheit. Sie wollen Krieg führen ohne Kanonen, aber nicht ohne Leihen. Das Kanonengeld für ihren Wirtschaftskrieg sollen natürlich die Proleten abgeben.

Linkspolitik in Spanien

Das von der spanischen Regierung ausgearbeitete Projekt der Agrarreform sieht die zwangsweise Enteignung von 750 000 Hektar Land in den Provinzen Andalusien und Extremadura vor. Alle Güter mit über 200 Hektar Ackerboden oder 400 Hektar Weide werden von der Reform erfaßt. Für den Ankauf von Gütern und zu Lohnzwecken sabbt der Staat im ersten Jahre 120 Millionen Peseten (etwa 50 Millionen Mark). Die Aufteilung erfolgt durch Bauerngenossenschaften. Ueber die Entschädigung sollen die Cortes entscheiden.

Auf einem Bankett der republikanischen Aktion erklärte der Kriegsminister, daß keine Partei gegen die Rechtsliberalen kämpfen müsse, in deren Reihen viele reaktionäre Elemente seien. Er könne nur so lange in der republikanischen Allianz bleiben, als diese aussprochene links eingestellt sei. Die Republik müsse Spanien eine durchaus föderative Gestalt geben. Das letzte Regime müsse zur Verantwortung gezogen werden.

Die Regierung hat die Exporteure auf dem Verordnungswege verpflichtet, die Deviseneinnahmen in Peseten umzuwandeln. Weiter verfügt ein Dekret die Ausföhrung öffentlicher Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosennot auf dem Lande sowie die zwangsweise Einquartierung beschäftigungsloser Landarbeiter.

Aus aller Welt

Politische Zusammenstöße bei einem Tanzvergnügen

W.B. Glogau, 20. Juli. In Aufzug (Kreis Freystadt) am Schwaner See kam es am Sonntag bei einem öffentlichen Tanzvergnügen zu schweren und blutigen Auseinandersetzungen zwischen etwa 30 Kommunisten und Nationalsozialisten sowie Mitgliedern des Stahlhelms. Drei Nationalsozialisten sind dabei schwer verletzt worden. Der 65jährige Landwirt Ferdinand Schmeißer, der dem Stahlhelm angeschlossen war, wurde durch einen Schlag auf den Kopf mit einer gefüllten Bierflasche getötet. Das Lokal wurde fast vollständig demoliert und der Gastwirt, ein 80jähriger Mann, verletzt. Die Staatsanwaltschaft Glogau hat die Leiche des Erschlagenen beschlagnahmt. Die Täter sollen den Behörden bekannt sein.

Schwere Bluttat

Weiden (Oberpfalz), 20. Juli. Eine schwere Bluttat wurde in der Nacht zum Sonntag in dem Dorf Wandersgrub verübt. Das Gastwirtschafterpaar Schieder wurde gestern früh in seiner Wohnung durch Beiliebe ermordet aufgefunden. Auch ihr zweijähriges Kind war durch einen Beilieb schwer verletzt worden und ist später seinen Verletzungen erlegen. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Bruder des Gastwirts verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis in Weiden eingeliefert.

„Porzellanfahren“

In der Tschadowka wird vielleicht der Begriff der „Porzellanfahren“ allgemeine Wirklichkeit werden. Die auf einer Staatschauffee in der Nähe von Stupawa gemachten Straßenbelagversuche mit dem neuen Material „Sibedor“, das u. a. wesentliche Beigaben von gemahlenem Glas und Porzellan enthält, haben ausgezeichnete Ergebnisse gezeigt. Die Druckfestigkeit soll noch einmal so fest sein als bei gewöhnlichem Beton, die Straßenbede aber trotzdem aufgeraut bleiben.

Die Schlange im Sarg

Als kürzlich in Cassino in Italien die Leiche eines Kaufmannes beerdigt wurde, ereignete sich ein unheimlicher Vorfall. Als die Totengräber den Sarg einbetten wollten, hörten sie aus dessen Innern ein unerklärliches Geräusch. Kaum hatten sie den Deckel ein wenig gehoben, als eine Schlange herausschnellte und davonlief. Sie wurde erschlagen. Es war eine Boa constrictor. Rätselhaft war es, wie diese Landkriecher in Amerika, einheimische Schlange in den Sarg gekommen war. Eine Indiskretion brachte die Lösung dieses letzten Rätsels. Der Beerdigte hatte kurz vor seinem Tode Beziehungen zu der Kunstzeigerin eines Wandersitzes unterhalten. Diese schenkte ihm ein frischgelegtes Ei der Birtusfalsche, das ihr Verehrer in seinen Koffler steckte. In diesem Koffler wurde der Kaufmann nach wenigen Tagen — begraben. Die kurze Zeit der Lebenswärme, die ihm noch beigeschieden war, hatte genügt, das Ei zur Reife zu bringen.

Giftmord

23. Freistadt, Amt Rehl, 20. Juli. Am 17. Juli starb hier plötzlich die Witwe David Schütt im Alter von 69 Jahren. Da sie mit ihren Angehörigen nicht in bestem Einvernehmen lebte, munkelte man, daß die Frau keines natürlichen Todes gestorben sein könne und anscheinend vergiftet worden sei. Weil sie ihrer Schwiegertochter und deren Liebhaber nicht zu Willen gewesen sei. Der Liebhaber der Schwiegertochter wurde inzwischen verhaftet und hat nach längerem Verweilen eingestanden, daß er Schlafmittel ermorbt und dieselben der alten Frau im Einverständnis mit der Schwiegertochter eingegeben habe. Die Schwiegertochter wurde daraufhin ebenfalls verhaftet. Beide sollten ein Gut faulen und benötigten dazu Geld, was ihnen die alte Frau verweigerte. Die rätselhafte Tat hat hier beträchtliche Aufregung hervorgerufen.

Zu der Giftmordaffäre, der die 69 Jahre alte Witwe David Schütt zum Opfer fiel, wird noch bekannt: Bei den Tätern handelt es sich um die 35 Jahre alte Schwiegertochter Sophie Schütt geborene Ratt von Luerbach bei Rehl, die mit dem bei ihr be-

Hoffnung auf Abessinien

Zwei junge 22jährige Burischen aus Duisburg-Meiderich schreiben, angetrieben durch ein Bild in einer illustrierten Zeitung, an den König von Abessinien mit der Bitte, ihnen angesichts der trostlosen Arbeitslosigkeit in Deutschland, irgend eine Beschäftigung zu verschaffen. Erstaunlicherweise erhielten die beiden Erwerbslosen Antwort. Der König von Abessinien riet ihnen getrost zu ihm zu kommen, für Arbeit wolle er schon sorgen. Da das Duisburger Wohlhabensamt den unternehmungslustigen jungen Leuten keinen Reiseführer schickte, haben die beiden sich per Fahrrad auf den Weg gemacht. Sie hoffen, in 6 Monaten am Ziel angelangt zu sein. Hoffentlich auch am Ziel ihrer Arbeitswünsche.

„Das Lied vom Leben“

Um einem ungeliebten Manne nicht angetraut zu werden, verließ eine junge Frau vor der Trauung die Tochter eines polnischen Landwirts in dem Dorfe Polussow (Kreis Konin). Das 22jährige hübsche Mädchen sollte zur Heirat mit einem 53jährigen reicheren Witwer, zu dem sie feinerlei Zuneigung empfand, gezwungen werden. Die Hochzeitsgesellschaft, die die Braut ludte, fand das junge Mädchen, im Hochzeitsstaat aufgetrieben, vergiftet in der Scheune auf.

Automatische Kunstfunktionsbeamten

Auf den Hauptstraßen Prags sollen in nächster Zeit Kunstfunktionsautomaten aufgestellt werden, die dem reisenden Publikum zur Orientierung dienen sollen. Der Erfinder dieser Automaten ist ein Ingenieur Dautsch, Probeweise ist zunächst ein Automat aufgestellt. Er enthält auf der Vorderseite etwa 100 verschiedene beschriebene Knöpfe. Drückt man auf einen dieser Knöpfe, so erhält man übrigens kostenlos, je nach Wahl ein gemächtes Adressenverzeichnis von einer bestimmten Branche, Hoteladressen, Wegbeschreibungen oder ähnliches.

Polizeiliche Durchsuchung kommunistischer Büros in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 20. Juli. Die Polizei nahm heute in den frühen Morgenstunden mit großem Aufgebot eine Durchsuchung verschiedener kommunistischer Büros und anderer kommunistischer Stellen vor. Der Polizei war es in der Hauptstadt darum zu tun, gewisse Akten, die sich in kommunistischen Händen befinden sollen, aber auch schabtrübe Druckschriften zu suchen und sicherzustellen. Die polizeiliche Aktion, die kurz nach 11 Uhr beendet war, spielte sich in aller Ruhe ab.

Generalfest in Sevilla

Sevilla, 20. Juli. In Sevilla und der ganzen Provinz ist der Generalfest ausgebrochen. Innenminister Maura erklärte, daß die Pläne der Streikenden die Abhängigkeit der Autorität, Erstümmung der Parteien, Auflösung der Zivilgarde seien.

Sport

Zum Welttreffen der Arbeitersportler

Keine Einreisegeld von 100 Mark zur Olympiade

Wien, 20. Juli. (Eig. Draht.) Der Aufmarsch zur Arbeitersportler-Olympiade ist in vollem Gange. Das Gros der deutschen Olympiade-Teilnehmer wird am Mittwoch hier erwartet. In Österreich wurde eine Gruppe deutscher Arbeiter-Kadafahrer, die sich auf dem Wege zur Olympiade befanden, und die statt auf der Linthe auf der rechten Straßenseite fuhr, von einem Privatauto erfasst und zu Boden geworfen. Zwei Kadafahrer wurden auf der Stelle getötet, die übrigen kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Namen der unglücklichen Opfer sind bisher noch nicht bekannt. Mit 25 Extrazugwagen werden am Dienstag und Mittwoch etwa 15 000 Teilnehmer zur Arbeitersportler-Olympiade nach Wien fahren. Durch die von der Reichsregierung verordnete Ausreisegeldbefreiung in Höhe von 100 Mark war die Durchführung dieser Reise bedroht. In eingehenden Verhandlungen konnte das Reichsfinanzministerium insofern davon überzeugt werden, daß eine Erhebung des Geldes für die Teilnehmer an der Arbeitersportler-Olympiade nicht eine unerschwerterte Härte, sondern auch eine schwere Finanznotschädigung der Teilnehmer und der Reichsbahn bedeuten würde. Das Reichsfinanzministerium hat deshalb die in Frage kommenden Zoll- und Poststellen an der Reichsgrenze angewiesen, alle Teilnehmer an der Arbeitersportler-Olympiade, die im Laufe des 22. und 23. Juli mit den von der deutschen Reichsbahn gestellten Zügen die Grenze passieren, gebührenfrei ausreisen zu lassen. Es ist demnach anzunehmen, daß irgendwelche Schwierigkeiten bei der Ausreise der Olympiade-Teilnehmer nicht entstehen.

Schluss des Bundesstages der Arbeiter-Kadafahrer

Der Arbeiter-Kad. und Kraftfahrerbund Solidarität legte am Montag vormittag die Ausrede über die Jugendbewegung vor, über deren weitere Förderung einmütige Auffassung herrschte. Dem ehrenamtlich tätigen Bundesjugendleiter, Genossen Niemann, wurde alle Anerkennung ausgesprochen. Der Bundesvorsitzende Niemann wies darauf hin, daß auch die Bundesassemblieren sich sehr bemüht hätten. Im Alter von 21 bis 30 Jahren sind 11 Delegierte von 31 bis 40 Jahren 35, von 41 bis 50 Jahren 44, von 51 bis 60 Jahren 32 und im Alter von über 60 Jahren 6 Delegierte. Genosse Niemann erklärte in seinem Schlusswort mit Nachdruck, daß es dem Reich lieblich die bayerische Staatsregierung sei, die die Kinder von der Arbeiterjugend und den sportlichen Veranstaltungen der Arbeitersportler fernhalte.

Gegen die kommunistischen Gegner nahm der Bundesstag einen Antrag an, in dem gegen die von der KPD angeordnete Verschärfung des Arbeiterporties energig protestiert wird. Die kommunistische Parole „Für die Einheit im Arbeiterport“ sei ein großer Schwund. Alle Bundesmitglieder, die eine solche Taktik unterstützen, sind als Schädlinge im Arbeiterport anzusehen und von ihren Ämtern und Stellen im Bunde, gleich welcher Parteizugehörigkeit, wegzunehmen, noch anzugehören. Ein weiterer angenommener Antrag besagt, daß die Ortsgruppen zwei Wochen vor einer Wahl (Reichs- oder Landtagswahl und Volksabstimmung) Vermittlungen oder anderen Verhandlungen nicht abhalten dürfen. Alle Bundesassemblieren müssen sich in den bevorstehenden Kämpfen den Kampforganisationen der Arbeitersportler zur Verfügung stellen.

Da vier Delegierte politisch nicht organisiert waren, unterstrich der Bundesstag die unbedingte Notwendigkeit der unerschütterlichen Durchführung der politischen Partei, die auf dem Standpunkt der Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege steht. In einer einstimmig angenommenen Entschließung protestierten der Bundesstag scharf dagegen, daß Leuchtschilder (Kadafahrer) in Preußen ab 1. Oktober für unzulässig erklärt werden, und verlangte, daß die bisherigen Leuchtschilder weiter beibehalten werden. Die neuen Bundesassemblieren, deren redaktionelle Federführung angenommen wurden, treten am 1. Oktober 1931 in Kraft, für die Haftpflichtversicherung der Motorabfahrer erst am 1. Jan. 1932. Gegen drei Stimmen wurde der bisherige Bundesvorsitzende bloß wiedergewählt. Der Ort des Bundesausstufes bleibt in Dresden. Der nächste Bundesstag ist 1931 in Magdeburg, am 1. März wurde der 18. Bundesstag mit einem dreimaligen Trichauf geschlossen.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Bekanntmachungen finden statt:

Freitag, den 24. Juli:
Nieseln A. Worsheim: Abends 8.30 Uhr in der „Linde“ Versammlung von Partei- und Genossenschaftsmitgliedern, Parteipresseleiter und politisch auf unserem Boden stehenden Gewerkschaftsmitgliedern. Gen. Pörrer Kappes spricht. Thema: Die Notwendigkeit des Reiches und des Landes im Zusammenhang mit der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Lage.

Sonntag, den 25. Juli
Offenburg: Abends 8.30 Uhr im „Mundbauer“ Mitgliedsversammlung. Reichstagsabende. Gen. Schöpplin spricht über die Notwendigkeit im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Lage. Genossen und Genossinnen bringen Genossenschaftsmitglieder mit politisch auf unserem Boden stehenden Gewerkschaftsmitgliedern mit.

Sonntag, den 26. Juli
Reichenbach A. Eitlingen: Mittags 3 Uhr in der „Krone“ Mitgliedsversammlung mit Vortrag von Gen. Trinks.
Das Parteisekretariat.

Unsere Filialinhaber

Die den Volkswort durch die Post überwiehen erhalten, wollen die für den Monat August benötigte Besonderezahl (Erwerbsschein) und in Arbeit (Erwerbsschein) spätestens bis 25. Juli hierher mitemitteln. Die übrigen Filialen bis spätestens 31. Juli. Wir bitten im Interesse einer prompten Regelung des Verbandes für den nächsten Monat um genaue Einhaltung der Termine.

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Volkst. Freilicht-Walden, Volkswort, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grünbaum; Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Keine Danksagung; Chronik, Aus Mittelbaden, Durand, Gerichtszeitung, Neuzeit, Die Welt der Frau; Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindefortschritt, Ostale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Kutschke; Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche Wohnorte in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds u. G.m.b.H., Karlsruhe.

Eine willkommene Bereicherung des Lesensmaterials bringt die „Walden“-Gesellschaft mit ihren beiden neuen Sonderportionen: „Walden (arab. Arab. 11, 12)“, sowie viele beiden Sorten produzieren: Wie alle Walden-Zusammenstellungen auch sie vergriffen.

Kleine bad. Chronik

Drei Scheunen niedergebrannt

* Reudorf, Amt Karlsruhe, 20. Juli. In der vergangenen Nacht brannten die drei Scheunen der Landwirte Hubert Heil, Richard Heilig und Karl Herzog bis auf den Grund nieder. Die großen Heuvorräte wurden ein Opfer der Flammen. Der Brand entstand bei Heil. Seine Ursache ist noch unbekannt.

Durch Erdbeben verschüttet

* Unterzornbach bei Bruchsal, 20. Juli. Heute mittag ereignete sich an einer Baustelle am Michaelsberg ein schwerer Unglücksfall. Durch die niedergegangenen starken Regenfälle wurde eine Böschung unterpült, so daß sich eine Erdmasse von circa 60-70 Kubikern löste und zwei Arbeiter unter sich begrub. Glücklicherweise hat der betreffende Wagen den größten Druck abgehalten. Durch schnell herbeigekommene Hilfe konnten die beiden Arbeiter nach einiger Zeit ans Tageslicht werden. Der Arbeiter Aug. Gungl erlitt einen Schlüsselbeinbruch und innere Verletzungen und wurde ins Bruchsaler Spital verbracht. Der Arbeiter Becker erlitt innere Verletzungen.

Hochwasser in Mittel- und Unterbaden

Die außerordentlich lang andauernden und starken Regenfälle der letzten Tage haben besonders in Unter- und Mittelbaden erhebliche Schäden verursacht. Der Neckar, der bei Heidelberg bis gestern vormittag auf 4,15 Meter stieg, hat die Baugruben von Rodenan und Hirschhorn überschwemmt und die Bau- und Grabenwässer davongetragen. Sämtliche Baugruben der beiden Staustufen sind erloschen. Auf dem Königsstuhl gingen während der letzten 48 Stunden 62 Millimeter Regen nieder. Im Bezirk Wiesloch ist der Ansehbach an vielen Stellen über die Ufer getreten und hat die Getreidefelder und die Kartoffelfelder völlig unterpült. An vielen Stellen beginnen die Wehren zu faulen. Besonders schlimm sind die Hochwasserstände auch im Bruchsaler Bezirk. Aus Karlsruhe wird berichtet, daß die Salzach über die Ufer getreten ist und auch die Kraichbach bei Ubstadt und bei Densheim an vielen Stellen Felder und Äuere unter Wasser gesetzt. Bedeutender Flurschaden wurde auch im Pfingsgau angerichtet. In der Duracher Gegend und insbesondere bei Weingarten und Gröbningen stehen die Felder tief unter Wasser. Der Schaden ist überall groß. Für die Ernte bestehen ernste Gefahren, wenn nicht bald trockenes Wetter eintritt.

* Hchern, 20. Juli. Die starken Niederschläge haben der Ufer und Hügel gemattigte Wasserermengen zugeführt, so daß die beiden Flüsse zu reichenden Strömen wurden und weite Flächen überschwemmten. Dies ist im Gebiet der Ufer besonders zwischen

Saobachried und Ottersweier der Fall, wo die Korn- und Kartoffelfelder einen trostlosen Anblick bieten. Von der Wäldler wird ein Dammbruch bei Limbach gemeldet. Kleiner Wasseranstieg führten auf die anliegenden Wiesen und Felder, Geröll, Holz usw. mit sich führend. Große Wiesenflächen bis hinunter nach Weitenau sind überflutet und gleichen einem See. Die Straße von Limbach nach Steinbach ist unpassierbar, auch die Keller stehen z. T. unter Wasser.

* Böblingen. Durch den in der Nacht von Samstag auf Sonntag und morgens niedergegangenen außerordentlich starken Regen war unter sonst so friedlicher Wälsbach in einen reißenden Fluß verwandelt worden, der um die Mittagzeit innerhalb des Dorfes über die Ufer trat und die tiefer gelegenen Straßen und Häuser über 40 bis 50 Zentimeter unter Wasser setzte. Viele Keller der Hauptstraße sind abermals voller Wasser. Auch auf den Feldern haben die beiden Ueberflutungen d. Z. unermesslichen Schaden angerichtet.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber Westeuropa hat kräftiger Luftdruckanstieg eingesetzt. Das über dem Ozean liegende Hochdruckgebiet wird sich dabei ostwärts verlagern, wobei wir dem Einfluß des skandinavischen Zykloons rasch entzogen werden. Für die nächste Zeit können wir infolgedessen mit besserem Wetter und allmählicher Erwärmung rechnen. Wetterausichten für Dienstag: Zeitweise heiter, höchstens vereinzelt Regenschauer und noch kühl, bei Luftzufuhr aus Nordwesten.

Während des SAISON-AUSVERKAUFS muß Auch ich für neuste Modelle Platz schaffen und habe deshalb mehrere Speise-, Herren- u. Schlafzimmer rücksichtslos herabgesetzt! Versäumen Sie diese Gelegenheit nicht!

MÖBEL HAUS CARL AUG. MARX MARKTPLATZ

DAS führende HAUS für geschmackvolle preiswerte Qualitäts-Möbel.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

21. Juli.

1778 Aufhebung des Jesuitenordens. — 1796 Schott. Dichter Robert Burns. — 1816 Dichter Julius Sturm. — 1870 Kaiser Emil Dittl. — 1871 Gründung der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks. — 1897 W. Goebbels (Mittelschlichter). — 1917 Lenin wird russischer Ministerpräsident.

Nazi-Strassen-Kowdys

Der Polizeibericht von gestern brachte die Meldung, daß ein Radfahrer von einem Nationalsozialisten vom Rade geworfen und geschlagen worden sei. Der Geschlagene übermittelte uns folgenden Bericht über den Vorfall, woraus zu ersehen ist, wie gefährliches Gefährde sich in den Nazireichen befindet:

Wie heute die Staatsstreue und friedliebende Bevölkerung durch die besagten Süddeutschen der Nazis terrorisiert wird, zeigen wieder folgende Vorfälle, die mir am Samstag, 18. Juli, zusehen sind: Als ich am belagerten Tag umsehr 8.15 Uhr abends mit meinem Fahrrad, das ich mit einem Wimpel in den Reichsfarben geschmückt hatte, den Parkring von einem Wettspiel auf dem freien Turnplatz kommend, nach Hause fahren wollte, kam aus dem Wald eine Horde Lausbuben, die, als sie meinen Wimpel sahen, in eine unflätige Schimpferei ausbrachen und mich mit Schlägen und Fußtritten ausbrachten. Ich meinerseits bin nun umso mehr und bin ihnen nachgefahren. Nun erlännte das Kommando: „Halt! Dem auch sofort Folge geleistet wurde. Da diese Kolonne aber inzwischen dem oben erwähnten Sportplatz schon ziemlich nahe waren, war es mir möglich, die dort weilenden Genossen und Kameraden durch Zuruf aufmerksam zu machen und nun zeigte sich die Tapferkeit dieser Heiden durch Reihensuchen per Fahrrad und durch den Weg.

Ungeachtet des lausbubenhaften Aussehens dieser Kämpfer des Dritten Reiches nahmen wir von einer Verlosung Abstand. Soweit das erste Beispiel.

Nun lehte ich meinen Weg fort in Richtung Parkring, Westendstraße, Kaiserstraße, Marktplatz, Karl-Friedrich-Straße. Als ich nun um den Nordplatz fuhr, blieben plötzlich zwei junge Burschen stehen und versuchten mich vom Rade zu werfen, wobei sie bemerkten: Einen Genossen hast du am Rad. Nun brach mir doch die Geduld und erging mich in den Worten: „Ihr Dreckspeichen! Dieser Versuch wurde von dem am Eingang des Nationalsozialistischen „Friedrichshof“ herumschreitenden SA-Männern? gehört, wobei nun zum zweiten Male versucht wurde, mich vom Rade zu werfen, indem einer von den am Straßenrand stehenden Radfahrern mit dem Fuß gegen mein Vorderrad schlug, so daß ich fast das Gleichgewicht verlor und Mühe hatte, mich vor der hinter mir fahrenden Straßenbahn zu retten. Nun verlor ich einen Polizeibeamten ausfindig zu machen, um die Befreiung eines Kowdys zu veranlassen und komme so im Weiterfahren ungefähr bis zur Mitte von „Germania“ und Hermann-Wilms-Straße, als ich plötzlich von zwei Radfahrern, die vorher noch vor dem „Friedrichshof“ standen, neben mir sah, während mich der eine am Weiterfahren hinderte, warf mich der andere vom Rad und rief den am Vorderrad befindlichen Wimpel los und schlug auf mich ein.

Eine Straße, an dem mein Wimpel befestigt war, benutzte er als Waffe, wobei ihm kein Kompliment fehlte zur Seite stand. Erst als sich das inzwischen angesammelte Publikum in die Sache mischte, ließen die beiden von mir ab und traten mit ihren Fahrrädern das Weite. Eine kurze Zeit darauf aufgenommene Verlosung mittels Auto und Klängen der Musikinstrumente wie „Gewehrachten“, „Rundschneid“ und „Friedrichshof“ blieben ohne Erfolg. Als ich nun das Vokal „Friedrichshof“ betrat, kamen meine Begleiter und ich gerade an einem Tisch vorüber, an dem eine Portion Zinner des Heils saßen, die gerade einen vielköpfig auf ähnliche Art eroberten schwarz-rot-goldenen Wimpel am Tisch herumzeigten. Im Besitz dieses Wimpels war ein Nationalist, ein gewisser Krämerlohn namens Uebel.

Der Karlsruher Polizei sei zu empfehlen, die oben erwähnten Vorfälle, insbesondere den „Friedrichshof“ als Zentralsammelplatz der Nazis, besser als bisher im Auge zu behalten, so daß man endlich unangenehm seiner Wege gehen kann.

Zuletzt möchte ich an die Karlsruher Arbeiterkassen den Appell richten: Trete ein in den Kampf gegen den Faschismus, kämpft mit uns für Frieden, Freiheit und Brot unter der Parole: Tod dem Faschismus und dem mit ihm verbündeten Kapital. Kommt zu uns in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Die sparsame Stadt — Der Abort als richtiger Platz für Naziliteratur

Der Zufall, das heißt ein dringendes Bedürfnis führte mich in einen der Konzertsäle „Wörte“. Da entdeckte ich zunächst, daß bei der Stadtwaltung Karlsruhe tatsächlich geparkt wird und die Sparagies sogar in den Worten des Konzertsaales ihr Sparprogramm zur Durchführung bringt. Man sieht nämlich nirgends mehr spezielles Wörtepapier, sondern bedrucktes Papierzeugnis. Ich nahm so einen Blick in die Hand und entdeckte, daß die Stadt nicht nur sparsam ist, sondern auch den richtigen Geschmack dafür hat, zu was am besten gedruckte Empfehlungen für Naziliteratur verwendet werden können. Da ja die ganze Nazipolitik hinterlistiger Natur ist, warum sollten denn nicht Mitteilungsblätter für die Naziliteratur zu hinterlistigen Zwecken Verwendung finden können? Man muß der Stadt Dank sagen, daß sie hier das Richtige getroffen hat und man möchte nur wünschen, daß es der ganzen Naziliteratur ebenso ergehen würde wie dieser Bänderkassette des Herrn Karlsruhbüchlers Schulzgenstein, denn es könnte dadurch dem deutschen Volke viel Anheil erspart werden.

(.) Karlsruhe als Wochenendziel. Dem Verkehrsverein Karlsruhe ist es gelungen, mit dem Verein Karlsruher Hotelbesitzer gelingen, für den Fremdenbesuch Wochenendausflüge in Karlsruhe Hotels einzuführen, die bei zweimaligem Uebernehmen mit Frühstück, 1 Mittagessen und 2 Abendessen wesentliche Vergünstigungen gewähren. Es sind zweierlei Preisgruppen festgesetzt worden, die sich nach der Wahl des Hotels (1. Klasse bzw. gut überaus) richten. Ueber Preisliste und über die dem Publikum angedehnten Häuser gibt der Verkehrsverein nähere Auskunft. Mit der Einführung dieser Ausflüge ist in gesteigertem Maße Anreiz dafür gegeben, daß die badische Landesverwaltung jetzt als lobendes Aufmerksamkeitsziel von Wochenendausflüglern und Wochenendremden in Betracht ge-

Bedeutungsvolle Zahlen

Was wissen Sie von den Reichssteuern? — Hauptzahlen der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- u. Umsatzsteuer die im Karlsruher Gebiet erhoben werden

Vom Reichsfinanzamt sind im letzten Vierteljahr die neuesten Ergebnisse der hauptsächlichsten Reichssteuern der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Diese Zahlen geben zusammengefaßt ein treffendes Bild von der steuerlichen Belastung des Wirtschaftslebens im Stadtfinanzamtsbezirk. Dabei ist zu beachten, daß es sich bei den vorstehenden Steuerarten nur um Reichssteuern handelt. Werden aber noch alle die weiteren verschiedenartigen Steuern hinzugerechnet, wie zum Beispiel die Landessteuern und die Kommunalsteuern, dann kann man sich ein vollkommenes Bild von der gesamten steuerlichen Belastung unseres Gebietes machen. Ueber das Ergebnis wundern wir uns nicht und fragen sich immer wieder, wie es möglich ist, daß aus unserer verarmten Wirtschaft heute noch diese Unsummen von Steuern herausgeholt werden können.

Da leider über die Landes- und Kommunalsteuern keine amtlichen Ergebnisse statistisch niedergelegt sind, sollen hier nur von den Lohn-, Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Umsatzsteuern die Hauptzahlen die man unbedingt kennen sollte, verzeichnet werden. Hierdurch ist es möglich, einen Ueberblick über den Stadtbezirk Karlsruhe zu gewinnen darüber, welche Summen von Steuern das Reich nur von den fünf hauptsächlichsten Reichssteuern allein aus unserem Besteuerungsgebiet erhält. Für das hiesige Steuergebiet ergibt sich demnach folgende Zusammenstellung.

1. Lohnsteuer. Veranlagt zur Lohnsteuer waren insgesamt 61.443 Personen. Infolge Nichterreicherung der Besteuerungs-grenze scheidet allein 19.333 Lohn- oder Gehaltsempfänger von der Besteuerung völlig aus. Außerdem waren noch 685 Personen auf Grund gewisser Umstände steuerbefreit, so daß noch insgesamt 41.525 Steuerbelastete übrig blieben, die dann von 102,9 Millionen RM. Einkommen rund 5.432.000 RM. Steuerlast aufbringen mußten. Eine Ermäßigung nach dem

Familienstande (für Ehefrauen und Kinder) beanspruchten insgesamt 22.704 Lohnsteuerpflichtige.

2. Einkommensteuer. Insgesamt 8529 Einkommensteuerpflichtige hatte rund 50,9 Millionen RM. Einkommenszuverfügung. Die von dieser Summe aufzubringende Steuerlast bezifferte sich auf rund 6.179.000 RM. Befreit von der Einkommensteuer waren insgesamt 783 Steuerpflichtige. Eine Ermäßigung für die Familienangehörigen genossen 6217 Einkommensteuerzahler für ihre 6516 Ehefrauen und 7824 Kinder. Ebenso genossen noch 278 Steuerzahler eine Ermäßigung infolge der §§ 56 und 57 des Einkommensteuergesetzes.

3. Körperschaftsteuer. Bei 169 Körperschaftsteuerpflichtigen mit 8,2 Millionen RM. zu versteuerndem Mindesteinkommen betrug die festgesetzte Steuer insgesamt 1.612.000 RM.

4. Vermögensteuer. 5464 Vermögensteuerpflichtige wiesen rund 331,8 Millionen RM. Rohvermögen auf. Steuerlich belastet waren 4529 Vermögensteuerpflichtige mit 1.287.000 RM. Jahressteuerschuld. Ausfälle an Vermögensteuer gemäß § 8 entstanden durch 935 Pflichtige. In 3042 Fällen wurden Abzüge von der Vermögensteuer vorgenommen.

5. Umsatzsteuer. Diese Steuergruppe verzeichnet 8247 Veranlagte mit rund 604 Millionen RM. Umsatz. Hiervon mußten rund 3.224.000 RM. Umsatzsteuer aufgebracht werden. Von der Steuer befreit wurden insgesamt 376 Personen.

Zusammengezogen ergab sich für den Stadtbezirk Karlsruhe das nachstehende Steuerergebnis: Lohnsteuer 5.432.000 RM., Einkommensteuer 6.179.000 RM., Körperschaftsteuer 1.612.000 RM., Vermögensteuer 1.287.000 RM. und Umsatzsteuer 3.224.000 RM. Das Deutsche Reich bezog also nur aus den angeführten Steuerarten die statistische Summe von 17.734.000 RM. an Steuern, welche im Stadtbezirk Karlsruhe aufgebracht wurden. e. c.

Grünwinkel

Parteiversammlung

Im Gasthaus zur „Alteckung“ fand am Samstag, 18. Juli, eine Parteiverammlung des Bezirks Grünwinkel mit Abbedlung statt. Als Referent sprach Genosse Warrer Kappes über das Thema: „Die Notverordnungen des Reiches und des Landes Baden im Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Lage“. Es galt, die Mitglieder und Anhänger der SPD über die heutige hochspannte politische Lage zu informieren. Gen. Kappes verstand es glänzend, in einem 1 1/2stündigen Vortrag den Verstand des Volkes über die heutigen wirtschaftlichen und politischen Lage zu geben unter besonderer Berücksichtigung der Situation, wie sie durch die neue Notverordnung entstanden ist. Er streifte die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, begründete die Politik der Tolerierung des Kabinetts Brüning und die Stellungnahme der Partei als Verantwortliche. Einen größeren Teil seiner Ausführungen widmete er einer kritischen Betrachtung der Notverordnungen und schilderte die volksfeindliche Tendenz derselben. Es sei verständlich, so betonte er, daß Arbeitnehmer diese Notverordnungen als unerträglich bezeichnen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit der Außenpolitik. Mit rückwärtsloher Offenheit beurteilte er die Taktik der Nationalsozialisten.

Das Referat wurde mit allgemeinem und großem Beifall aufgenommen. Diskussion wurde nicht gewünscht. Bezirksführer Genosse Liebmann forderte die Genossen auf, in der Vorbearbeit für Partei und Volksfreund nicht zu erlahmen und mitzuwirken für eine bessere Lebensgestaltung der großen Masse, die nur durch den Sozialismus verwirklicht werden kann. Mit Dankesworten an den Referenten wurde die interessante und sehr lehrreiche Versammlung geschlossen. e. c.

Veranstaltungen

Rinderfest in der Oststadt. Es wäre nicht richtig, die Beschränkungen, die sich in dieser schweren Zeit weite Kreise der Bevölkerung auferlegen müssen, auch bei den Kindern anzuwenden, zumal diese so schon genügend von den Vätern der Gegenwart zu spüren bekommen. Diese Ansicht vertritt der Verein der Eltern, die „Sünderkinder“, der Verein für Adreberische Erziehungsarbeit und der Verein der Eltern, Gruppe Friedrichshof, am kommenden Sonntag, 19. d. Mts., ein Rinderfest zu veranstalten. Nachmittags 2 Uhr wird sich der Festzug, der durch Einreden von geschmückten Bannern besonders lebhaft wirken wird, vorher zum Aufbruch anstellen. Nach dem Umzug durch Straßen der Oststadt, wird auf dem Wege der „Friedrichshof“ die Aufstellung des Zuges erfolgen. Hier finden Rinderpiele und Wettbewerbe aller Art statt. Auch wird der „gute Anteil“ jedem Kinde ein kleines Geschenk zumessen lassen. Selbstverständlich wird auch für das leibliche Wohl der Erwachsenen bestens gesorgt sein und zwar zu Preisen, die ganz der Zeit entsprechen. Alle Kinder der Oststadt sind zu diesem Feste herzlich willkommen. Sondernachrichten werden am Auffahrtstag für 10 Pf. das Stück versetzt. Der Weg der Rinderpiele-Ost befindet sich beim Rotherweg (beim Mausoleum rechts ab).

Streiksonnert im Stadtgarten. Am Mittwoch, 21. Juli, von 16 bis 18 Uhr kommt im Stadtgarten ein Streiksonnert zur Aufführung, das vom Völkermontschen Orchester unter Leitung von Herrn Kapellmeister Rud. A. Gühr, dirigiert wird. Das reichhaltige Programm wird den Besucher in jeder Weise zufriedenstellen, weshalb der Besuch des Konzertes bestens empfohlen wird.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt
Mittwoch, 22. Juli, abends 8 Uhr, im „Württembergischer Hof“ Bestirtoersammlung. Tagesordnung: „Die gegenwärtige soziale und ökonomische Lage der deutschen Arbeiterkassen“. Referent: Gen. W. Koch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Achtung, Stasol! Besonderer Verhältnisse wegen Dienstag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Verammlung im Volkshaus, Schützenstraße, aller in der letzten Versammlung anwesenden und nicht anwesenden Stasolameraden. Erscheinen unbedingt notwendig.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Gestern vormittag stieß auf der Straßenkreuzung Karl- und Gartenstraße eine in östlicher Richtung durch die Gartenstraße fahrende Radfahrerin mit einem in nördlicher Richtung durch die Karlstraße fahrenden Personentraktorwagen dadurch zusammen, daß die Radfahrerin das Vorderrad verlor. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt; Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Ebenfalls bei Verletzung des Vorderrades stießen an der Einmündung der Ruppurrer Straße in die Ettlinger Straße zwei Personentraktorwagen zusammen, so daß beide Fahrzeuge beschädigt wurden.

Gestern vormittag stieß ein in westlicher Richtung durch die Kaiserstraße fahrender Personentraktorwagen, der am Kaiserplatz, ohne die Rundfahrt einzubehalten, nach links in die Leopoldstraße einbiegen wollte, mit einem den Kaiserplatz in östlicher Richtung überquerenden Motorradfahrer zusammen. Der Motorradfahrer stürzte zu Boden und zog sich Schürfwunden und Prellungen zu; außerdem ist leichter Sachschaden entstanden.

Eine Radfahrerin, die von der Kaiserstraße in die Leffingstraße einbiegen wollte, wurde gestern mittag von einem Motorradfahrer, der in derselben Richtung fuhr und seine Aufmerksamkeit nicht auf die Fahrbahn richtete, von rückwärts angefahren und zu Fall gebracht. Die Radfahrerin wurde leicht verletzt.

Auf dem Rathausplatz kollidierten gestern vormittag dadurch zwei sich entgegengerichtete Radfahrer, daß der eine die Richtungsfahrt nicht eingehalten hatte. Der eine der beiden Radfahrer stürzte zu Boden und wurde leicht verletzt. Ferner ist geringer Sachschaden entstanden.

Beim Ueberqueren der Durlacher Allee fuhr gestern vormittag ein unvorsichtiger Kraftfahrer in der Nähe der Seubertstraße mit seinem Personentraktorwagen auf einen in Richtung Durlach fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 1 seitlich auf, so daß an dem Anhängewagen das hintere Trittbrett weggerissen wurde. Der Kraftwagen wurde beschädigt, glücklicherweise ist niemand verletzt worden.

Unfall

Beim Verlassen einer Wirtschaft in der Lammstraße, stieß ein Zeitungsvendler auf der Steintreppe aus und stürzte zu Boden. Da der Mann bemußlos war, wurde er nach einer Polizeiwache verbracht, wo er sich nach einiger Zeit wieder erholt.

Diebstähle

In einem Garten in der Durlacher Allee wurden eine größere Anzahl Kartoffelstöcke herausgerissen und etwa 2 Zentner Kartoffel entwendet. — In einem Garten in der Lorenzstraße sind wiederholt Beerenobst und Pfirsiche entwendet worden. Als Täter wurden einige Volksschüler im Alter von 12 bis 13 Jahren ermittelt. — Aus einem Holzlager in Daxlanden ist ein Quantum Bauholz entwendet worden. Der Täter, der geständig ist, konnte feststellbar werden. — Im Laufe des gestrigen Tages fuhr 3 Fahrer über entwendet worden. Ein Fahrradliebhaber, der vor der Hauptpost ein Damenfahrad gestohlen hatte, ist auf frischer Tat betroffen und festgenommen worden. Ein Fohrtad wurde aufgefunden.

Wasserstand des Rheins

Basel 242, gef. 56; Waldshut 418, gef. 46; Schaffersinsel 311, gef. 54; Rehl 410, gef. 26; Maxau 619, gef. 9; Mannheim 621, gef. 51 Zentimeter.

Aankünfte

S. W. Auitzstraße. Wie uns mitgeteilt wird, 96 Pfennig.

